

Rasanter Anstieg: Militärausgaben

Die weltweiten Militärausgaben sind in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Laut dem staatlich finanzierten schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI investierten die Länder 2024 weltweit mehr als 2,718 Billionen US-Dollar in Rüstung – ein neuer Rekordwert. Ein zentraler Antreiber dieser Entwicklung sind derzeit die Länder des europäischen Kontinents: Die Militärausgaben der dortigen Staaten stiegen 2024 auf 693 Milliarden US-Dollar. Das ist eine Steigerung um 17 Prozent gegenüber 2023 und um 83 Prozent gegenüber 2015. Ganz vorne mit dabei ist jetzt Deutschland, deren Rüstungsausgaben 2024 das dritte Jahr in Folge stiegen – auf 88,5 Milliarden US-Dollar. Damit macht Deutschland in der weltweiten Ausgaben-Rangliste der Länder einen großen Sprung nach vorn und rückt jetzt von Platz 7 auf Platz 4 vor. Indien, Grossbritannien und Saudiarabien rutschen je einen Platz tiefer. Nur noch die USA, China und Russland haben höhere Ausgaben.

Militärausgaben 2024 in Mrd. US-Dollar

1. USA	997,0
2. China	314,0
3. Russland	149,0
4. Deutschland	88,5
5. Indien	86,1
6. Grossbritannien	81,8

Diese enormen Geldsummen dienen laut Verteidigungsministerium dazu, Deutschland militärisch auf den neuen Stand zu bringen und die Bundeswehr zur stärksten Armee West- und Zentraleuropas zu machen.

Die SIPRI-Friedensforscher sagen, die gestiegenen Militärausgaben werden einschneidende Auswirkungen auf andere Bereiche der Staatshaushalte haben.

Unglaublich: 27,5 Millionen jährlich aus Barmstedt

Barmstedt hat mit Florian Rodenberg (SPD) einen neuen Bürgermeister gewählt, und die BALL wünscht ihm erfolgreiches Wirken. Während des Bürgermeisterwahlkampfes konnte man von den beiden verbliebenen Bewerbern von CDU und SPD viel Schönes und Richtiges hören, aber zum größten Problem Barmstedts – der Finanznot infolge unzureichender Ausstattung durch Land und Bund – gab es nur Schweigen oder allenfalls Andeutungen.

Zur Erinnerung: In 2025 erwartet die Stadt ein Defizit im Haushalt von rund 6,8 Mio. Euro, und für die Folgejahre sieht die Prognose noch schlechter aus. Bis 2028 wird die Neuverschuldung um rund 31 Mio Euro ansteigen. Schon jetzt greift die staatliche Kommunalaufsicht in die Barmstedter Haushaltspolitik ein und reguliert die von der Bevölkerung gewählte Stadtvertretung. Es ist ein großer Kraftakt – und die BALL unterstützt das – die vorhandenen sozialen, kulturellen, sportlichen und kommunalen Einrichtungen, die



Schulen und Kindergärten zu erhalten. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in nennenswerter Größenordnung kommt seit Jahren nicht voran. Die soziale Not, gefördert durch hohe Mieten und Energiepreise, nimmt zu. Der Feuerwachenneubau mit geschätzt mehr als 20 Mio. Kosten, für den es bislang von Land und Bund nahezu keine Zuschüsse gibt, überschreitet schon jetzt die finanzielle Leistungsfähigkeit

der Stadt. Größere Klimaschutzmaßnahmen oder Vorsorge gegen Starkregenfälle – immer bremsen die kommunalen Finanzen...

Um so provozierender ist das, was CDU, SPD und Grüne im Bundestag und in der Bundesregierung in einer Art Schockstrategie vorbereiten: Von jetzt schon irrsinnigen 2% auf 5% des Bruttosozialprodukts sollen die Rüstungs- und Kriegsausgaben steigen! Das ist genau das, was die

Trump-Regierung im Interesse der US-Rüstungskonzerne gefordert hat, und was schon vor der Bundestagswahl als erste von der AfD unterstützt wurde. Etwas verwirrender ist von 3,5% Rüstungsausgaben und 1,5% kriegs-tauglichen „Infrastrukturausgaben“ – panzertaugliche Brücken etc. – die Rede. 5% - das wären rund 220 Milliarden Euro jährlich, natürlich Neuverschuldung. Auf jeden Bundesbürger kommen

dann rund 2.650 Euro, und auf die Bürgerinnen und Bürger Barmstedts entfielen rund 27,5 Mio. Euro jährlich. Es ist nicht schwer sich die Alternative vorzustellen: Ohne eine Erhöhung der Rüstungsausgaben von jetzt 2% auf 5% könnten rund 132 Milliarden Euro (in Ziffern: 132.000.000.000) in die Haushalte der Städte und Gemeinden fließen. Das sind unglaubliche Beträge! Das wären für unsere Stadt rund 17 Millionen Euro jährlich. Es bräuhete nicht einmal 2 Jahre bis wir schuldenfrei wären. Und wir müssten nicht jeden Euro zweimal umdrehen, bevor wir ihn sinnvoll ausgeben könnten: Eine neue Bücherei, die Sanierung der Schlossinsel, die neue Feuerwache, Sozialwohnungen, die Ausstattung von Kindergärten und effektive Klimaschutzmaßnahmen könnten einfacher in Angriff genommen werden als heute.

Der Börsenkurs der Rüstungsschmiede Rheinmetall ist allein in den letzten 2 Jahren um satte 775% gestiegen und die Prognosen gehen in die tausende Prozent. **Dieser Wahnsinn muss gestoppt werden!**



Dr. Günter Thiel
Hauptausschuss

Fach „Wehrtechnik“ an Hochschule Flensburg verhindert

Hochschule frei von Waffenforschung

Überall in Deutschland versucht man die Hochschulen für Kriegsfor-schung zu gewinnen. Es gibt aber auch erfolgreichen Widerstand. Die Hochschule Flensburg bleibt friedlich – vorerst. Mitte Mai hat sich der Fachbereichskonvent Maschinenbau gegen die Einführung eines Studienmoduls „Wehrtechnik“ ausgesprochen. Damit führten Proteste der Student*innen zum Erfolg, die sich gegen eine Militarisierung ihrer Hochschule wenden. „Ingenieur*innen sollten das Studienangebot moralisch hinterfragen“, mahnten die Student*innen im Vorfeld einer Abstimmung an der Hochschule. Der Vorgang steht im Zusammenhang mit einer entfachten Debatte über sogenannte Zivilklauseln. Zivilklauseln sind eine Selbstverpflichtung von Hochschulen, friedliche Ziele mittels



zivilen Zwecken zu verfolgen. Im aktuellen Stimmungsumfeld von „Kriegsertüchtigung“ und Hochrüstung geraten diese aber zunehmend unter Druck.

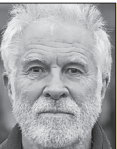
Bundesweit gibt es rund 70 Hochschulen, die sich per Selbstverpflichtung zu einem Wissenschaftsbetrieb im Dienst von

Frieden und Völkerverständigung bekennen. Die Hochschule Flensburg gehört noch nicht dazu. Ein Kurs zum Thema „Wehrtechnik“ existiert dort bereits seit rund zwei Jahren, allerdings nur als Wahlfach. Der Bundeswehr reicht das nicht. Im April gab es den Vorstoß,

das Angebot „Wehrtechnik“ als reguläres Studienfach zu etablieren und künftig für Lehrinhalte wie Kettenfahrzeugtechnik, Ballistik und ABC-Sicherheit auszuweiten. Dafür wollte man die Rüstungsfirma Flensburger Fahrzeugbau-Gesellschaft (FFG) ins Boot holen.

Jetzt wurde die Idee im Konvent der Hochschule thematisiert und stieß auf den Widerstand der Studierendenvertretung. In einem offenen Brief appellierten sie an die Konventsmitglieder, das Vorhaben abzulehnen. Gewarnt wurde davor, „Forschung und Lehre systematisch in den Dienst militärischer Interessen zu stellen“. Fazit: Der Schritt „würde unsere Hochschule in eine Richtung bewegen, die weder den moralischen Prinzipien noch den Zukunftsanforderungen unserer Studierenden und Gesellschaft entspricht“.

Die Argumentation hat offenbar gegessen. Wie der Norddeutsche Rundfunk (NDR) berichtete, fiel das im Konvent bei sieben Neinstimmen, zwei Enthaltungen und einer Jastimme überaus deutlich aus. „Gerade jetzt sollten wir an Hochschulen keine Kooperationen mit Rüstungsunternehmen aufbauen, sondern zukunftsfähige Lösungen für eine Welt im Wandel entwickeln“, gab der NDR Clara Tempel, die Sprecherin der Studentengruppe, wieder.



Helmut Welk
Vorsitzender
der Barmstedter Linken
Liste

Bayerns Staatsregierung, bekannt für ihre Nähe zu den vielen im Freistaat ansässigen Rüstungskonzernen, geht andere Wege. Dort sind Zivilklauseln seit August 2024 per „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“ schlicht verboten. Und Ministerpräsident Markus Söder (CSU) will diese Gangart für ganz Deutschland durchsetzen.

Stolperstein-Verlegung im April 2025 in der Gebrüderstraße

„Leben und Arbeiten unter Zwang“

Wie in den letzten Kriegsjahren des 1. Weltkriegs wurden auch während des Zweiten Weltkriegs im Deutschen Reich auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industriebetrieb und auch in zahlreichen Privathaushalten ab 1939 Zwangsarbeiter*innen eingesetzt und ausgebeutet. Männer, Frauen und sogar Kinder: Im Herbst 1944 wurden ca. 12 Millionen Ausländer*innen in Deutschland zur Arbeit gezwungen – damals über 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Sie kamen aus allen eroberten und besetzten Ländern. Besonders viele kamen aus der Sowjetunion und Polen. Zunächst wurden sie von eigens dafür eingerichteten Abteilungen der Arbeitsämter als „Gastarbeiter“ angelockt, dann auf offener Straße verhaftet, später wurden auch Kriegsgefangene und KZ-Internee „ins Reich“ verschleppt. Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Reich, erklärte auf einer Konferenz der Zentralen Planung zur Arbeitsbeschaffung im März 1944: „Von den Millionen ausländischen Arbeitskräften,



die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200 000 freiwillig gekommen.“ Den Betrieben wurden der Einsatz von Zwangsarbeiter*innen

nicht aufgezwungen, wie oft behauptet wird. Ganz im Gegenteil, sie mussten mit einer schriftlichen Begründung angefordert werden und wurden dann von

den Arbeitsämtern zugeteilt. Diese billigen Arbeitskräfte zu beantragen, war sehr verlockend. Versprach doch der Einsatz von Zwangsarbeiter*innen aufgrund der geringen „Ausleihgebühren“ für die deutschen Unternehmen satte Zusatzgewinne. Jeder sah die Zwangsarbeiter*innen leiden, doch nach dem verlorenen Krieg wollte niemand von ihnen gewusst haben. Die meisten von ihnen, die den „Reichseinsatz“ überlebt haben, warteten vergebens auf eine Entschädigung. Nur sehr wenige Unternehmen haben Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter*innen geleistet; und dies meist auch nur auf Grund von politischem Druck aus dem Ausland. Auch in Barmstedt, das damals etwa 4000 Einwohner umfasste, wurden über 500 Zwangsarbeiter*innen zur Arbeit genötigt. Man kann davon ausgehen, dass es den Zwangsarbeiter*innen in Barmstedt nicht anders erging als im übrigen Reich. Sie litten unter den Zwangsmaßnahmen und den miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit einer Gedenkveranstaltung im Carl-Friedrich von Weizsäcker-Gymnasium und der Verlegung von zwei Stolpersteinen in der Gebrüderstraße erinnert die Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine am 10. April an zwei Zwangsarbeiter*innen, die den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich

16 Jahre alt. Der andere Stein erinnert an **Maria Wojcickowska**. Sie kam als 25 jährige junge Frau nach Barmstedt. Beide wurden mit 102 anderen polnischen Zwangsarbeiter*innen in der Barmstedter Blechdosenfabrik Zeigmeister (später Züchner) zur

Was sind Stolpersteine?

Überall in Europa erinnern sich Menschen an die Opfer des Zweiten Weltkriegs und der NS-Zeit. Ein Teil dieser europäischen Erinnerungskultur wird von den sogenannten Stolpersteinen ausgefüllt. Diese Gedenksteine sind 96 x 96 mm große Messingplatten, gegossen in einem Betonblock, die vor den Wohnhäusern oder den Betriebstoren angebracht werden, in denen die Opfer zuletzt lebten und arbeiten mussten. Im Anbetracht der zahlreichen Opfer des Deutschen Reiches ist der Künstler **Gunter Demnig** sich bewusst, dass dieses **KunstDenkmal** immer einen symbolischen Charakter tragen wird. Er legt deshalb großen Wert darauf, dass jeder Mensch eine angemessene Ehrung erfährt. Gunter Demnig und örtliche Stolpersteininitiativen wollen ein Zeichen setzen gegen die Massenvernichtung durch das Deutsche Reich, indem sie den gepeinigten Menschen ihren Namen, ihr Gesicht und einen Platz in der Mitte der Gesellschaft wieder zurückgeben. Die Stolpersteine stellen insofern ein Kunstprojekt dar, das von Anfang an auf eine dauerhafte und kontinuierliche Erinnerung ausgerichtet war und immer noch ist. Bis Ende 2024 wurden über 110.000 Stolpersteine in fast 1900 Städte und Gemeinden verlegt.

nicht überlebt haben. Ein Stolperstein erinnert an die Polin **Stanisława Lewandowska**. Als sie um 1940 nach Barmstedt verschleppt wurde, war sie erst

Zwangsarbeit genötigt. Mit den verlegten Stolpersteinen soll an die beiden Polinnen erinnert werden. **Sie sollen nicht vergessen sein.**

Bürgermeisterwahl 2025

Am 20. August findet die „Staffelübergabe“ statt. Florian Rodenberg wird die bisherige Bürgermeisterin Heike Döpke im Amt ablösen. Wir sprechen Heike Döpke unseren herzlichen Dank für 12 Jahre Tätigkeit aus. Die BALL hatte im Laufe der Jahre so manche kontroverse Diskussion mit ihr. Aber immer hatte Frau Döpke ein offenes Ohr, war gesprächsbereit und hat sich konstruktiv mit anderen Positionen auseinandergesetzt.



Frau Döpke hat sich ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, bei Vereinen und Initiativen erworben. Sie war präsent bei Versammlungen, kulturellen und politischen Anlässen. Gerade in den letzten Jahren war es nicht einfach, die von der Politik beschlossenen großen Maßnahmen (Gewerbegebiet, Feuerwache, Schlossinsel) in Angriff zu nehmen, den Kurs zu halten und die vermeintlich kleineren Aufgaben wie zum Beispiel Kitas, ärztliche Versorgung und Schulsanierungen nicht aus den Augen zu verlieren. Dabei standen häufig nicht nur bürokratische Hindernisse in Kreis und Land im Weg, sondern vor allem auch die Ebbe in der Stadtkasse. Ihr Nachfolger kann auf eine gut funktionierende Verwaltung aufbauen. Wir wünschen Heike Döpke alles Gute, Gesundheit und einen entspannten Ruhestand.

Der Neue

Wir gratulieren Florian Rodenberg zu seiner Wahl zum Bürgermeister unserer Stadt. Mit 63,8% der Stimmen ist der aus der Nachbarstadt Hamburg kommende Verwaltungsjurist in der Stichwahl am 25. Mai gewählt worden. Das war ein deutlicher Vorsprung vor Sebastian Mettner (36,2%), der von der CDU nominiert worden war. In den Wochen vor der Wahl hat F. Rodenberg mit guter Sachkenntnis in Bezug auf die Belange, die Probleme und die

anstehenden Aufgaben aufgewartet. Die BALL wird ihn an seinen Aussagen messen, aber selbstverständlich bei der Umsetzung der von der Stadtvertretung beschlossenen Maßnahmen unterstützen.



Klaus Kuberzig

Zwei Dinge finden wir im Nachhinein bedauerlich. Mit 49,1% im ersten und nur 42,6% im zweiten Wahlgang war die Beteiligung sehr gering. Bei ei-

ner so wichtigen Wahl hätten wir uns eine höhere Teilnahme gewünscht. Und zweitens war es sehr schade, dass die CDU vor der Stichwahl den Pfad eines fairen Wahlkampfes verlassen hat. Statt Verunglimpfungen über Florian Rodenberg in die Welt zu setzen und ihm Unwissenheit vorzuwerfen, wäre Sachkenntnis von Vorteil gewesen.

Regierung will mehr Sozialabbau durchsetzen

Das Bürgergeld soll jetzt umgewandelt werden, sodass es den Namen „Grundsicherung“ nicht mehr verdient. Zunächst: Das Bürgergeld ist das errechnete Existenzminimum, damit Erwerbslose und Geringverdiener überleben können. Sozialverbände halten die gezahlten Leistungssätze für zu niedrig. Sie beklagen auch, dass kaum noch Wohnungen verfügbar sind, deren Miete Jobcenter für angemessen erachten. Immer mehr Betroffene müssen einen Teil der Wohnkosten aus ihrem Regelsatzzahlungen bestreiten, die eigentlich für andere Grundbedürfnisse gedacht sind. So müssen ca. 15

Prozent der Betroffenen mehr als 100 Euro für die Wohnkosten draufzahlen. Bei einem Regelsatz für Alleinstehende von 563 Euro und angesichts massiv gestiegener Lebensmittel- und Energiepreise ist das viel. Aktuell behaupten Regierungvertreter, es gäbe Jobs an jeder Ecke. Das sehen ihre eigenen Behörden allerdings ganz anders. Laut Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) seien die Chancen auf einen festen Arbeitsplatz „auf einem historischen Tiefstand“. „Zudem richten sich 80 Prozent der freien Arbeitsstellen an Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung.“ Zwei Drittel der Bürger-

geld-Bezieher würden aber nicht über benötigte Ausbildungen verfügen. Und gerade an ihrer Aus- und Weiterbildung will die Bundesregierung noch stärker sparen. So kommen für 2,7 der rund 4 Millionen Hilfebedürftigen nur Helfertätigkeiten in Frage. Ihnen standen vergangenes Jahr jedoch nur etwa 160.000 Jobangebote gegenüber. Laut BMAS gibt es weitere Faktoren, die eine Jobaufnahme erschweren: körperliche und psychische Erkrankungen, Behinderungen, fehlende Betreuung für kleine Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen. Die Mär von hohen Bürger-



geldkosten wird verstärkt verbreitet – sie stimmt nur nicht. Teurer wird vor allem die Verwaltung. Die im BMAS-Bericht

genannten 45,3 Milliarden Euro betreffen nämlich auch die Kosten für den bürokratischen Apparat, der der Rundumüberwachung der Leistungsbezieher dient. Real zahlte der Staat damit zwar knapp 35 Prozent mehr für diese Grundsicherungsleistung als 2010. Jedoch lag die Inflation allein in diesem Zeitraum bei 38 Prozent und somit höher. Die Preissteigerung bei Lebensmitteln und Energie, war sogar noch gravierender. Inflationsbereinigt sind die Staatsausgaben für Bürgergeld beziehungsweise Hartz-IV-Leistungen in den letzten 15 Jahren somit real gesunken.